

## Der August-Bebel-Kreis: Ein kaum beachteter Think Tank

1984 schien daher die Zeit gekommen, was Neues zu beginnen. Der Bensberger Kreis war eine konfessionell geschlossene intellektuelle Gruppe, die SWI eine eher sporadisch agierende Initiative. Am 11. Januar 1984 besprach sich Greinacher mit Willy Brandt in Bonn. Thema war die Gründung eines neuen Kreises von etwa 30 Personen, die verschiedene Themen bearbeiten sollten, etwa die Zusammenarbeit mit Betriebsräten, „Kirche und SPD“ sowie Mittelamerika. Auch die Wahl eines Sprechers, der auch auf dem Parteitag reden sollte, und die Vorbereitung einer Gründungserklärung waren Themen.

Beim nächsten Termin unter dem Etikett der SWI wurden am 27. April 1984 bereits der Name des Kreises diskutiert, außerdem der von Greinacher eingebrachte Entwurf einer Grundsatzzerklärung.<sup>1</sup> Anwesend waren neben Greinacher Inge Jens, der Schriftsteller und Journalist Gert Heidenreich, Iring Fetscher, der Rechtswissenschaftler Wolfgang Däubler, der Historiker Eberhard Jäckel, der Professor für Pädagogik Andreas Flitner, der Jurist Wilhelm Steinmüller sowie Heinke Jaedicke vom Büro der SWI in Bonn, die auch für den neuen Kreis arbeiten sollte. Unter Vorbehalt (Willy Brandt sollte noch zustimmen) einigte sich die kleine Schar auf den Namen August-Bebel-Kreis. Um an weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu kommen, sollte jedes Mitglied Vorschläge unterbreiten, besonderer Wert wurde auf eine vielseitige fachliche Kompetenz der Mitglieder gelegt. Bis zum ersten Treffen des dann vollständigen August-Bebel-Kreises am 12./13. Oktober 1984 in Beutelsbach/Remstal erklärten sich Inge Jens, Eberhard Jäckel und Norbert Greinacher bereit, die provisorische Sprecherfunktion zu übernehmen. Inhaltlich verständigte sich die Gruppe vorläufig auf die Themen Jugendarbeitslosigkeit, Wandel des Arbeitsbegriffs, Familienpolitik, Mittelamerika, DDR-Staatsbürgerschaft, das Erziehungsbild der SPD in der Öffentlichkeit, Gen-Technologie und Biotechnik sowie Neue Medien und Massenkommunikation. Brandt war dann am Nachmittag ab 16 Uhr ebenfalls anwesend. Mit Respekt habe er zur Kenntnis genommen, dass August Bebel der Namensgeber für den Kreis sein soll. „Meinen Segen hat es“, sagte er, „aber es werden sich schon einige etwas wundern.“ Bei ihm überwiege der Respekt die Verwunderung. Als weitere Aufgabe des neuen Think Tanks der SPD erhoffte sich Brandt den Beistand des Kreises und auch einzelner Mitglieder bei der demnächst zu erwartenden breiten Programmdiskussion der SPD. Denn auf dem kommenden Parteitag solle eine Programmkommission mit Arbeitsgruppen unter Vorsitz von Brandt eingerichtet werden, die das Godesberger Programm forschreiben und in etwa zwei Jahren einen ersten Entwurf vorlegen soll. Die SPD brauche dabei Beistand auch von weiter Außenstehenden. Er sei bereit, im Herbst vielleicht gemeinsam mit Erhard Eppler über die ersten Skizzierungen der Themen zu sprechen. Der neue Kreis solle von Greinacher auf dem Essener Parteitag vom 17. - 21. Mai 1984 vorgestellt werden.

Es ging bei dem neuen Arbeitskreis um eine möglichst breite und vertiefte fachliche Auseinandersetzung mit aktuellen und künftig relevanten politischen Themen, die auch entsprechenden Niederschlag im neuen SPD-Programm finden sollten. Längst waren die „Neuen sozialen Bewegungen“ aktiv, und der noch von Schmidt befürwortete Nato-Doppelbeschluss erhielt auch in SPD-Reihen immer mehr Gegner (auch Willy Brandt). Für die neue Ausrichtung der SPD sollten jenseits des Stallgeruchs auch der Partei ferner stehende Wissenschaftler und Publizisten gewonnen werden, „die sich auf der Grundlage einer demokratischen und sozialistischen Position der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

<sup>1</sup> Briefkopf „Sozialdemokratische Wählerinitiative“: Ergebnisprotokoll des Treffens vom 27. April 1984, 11 - 19 Uhr, Protokoll: Heinke Jaedicke, 3 Blatt, in: Nachlass Norbert Greinacher

in kritischer Solidarität verbunden wissen“, so die von Greinacher verfasste Grundsatzserklärung von 1984.<sup>2</sup> In Erinnerung an die Weimarer Republik, in der die meisten Intellektuellen sich von der Arbeiterbewegung fern hielten, wolle der Kreis eine Brücke schlagen zwischen kritischen Intellektuellen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es sollen aktuelle Probleme, ohne Rücksicht auf Opportunitätszwänge und taktische Erwägungen parteiinterner Art, mit gebotener Offenheit kommentiert und darüber hinaus langfristige Perspektiven und Realutopien entwickelt werden, die dazu beitragen könnten, das öffentliche Gespräch über Grundfragen des gesellschaftlichen Lebens zu befördern. Vollversammlungen sollten zweimal jährlich einberufen werden, eine Sprechergruppe sollte aus drei Mitgliedern bestehen, die für zwei Jahre amtierte.<sup>3</sup> 24 Gründungsmitglieder hatte der August-Bebel-Kreis (ABK), zur Sprechergruppe gehörten zunächst Greinacher, Jäckel und Inge Jens. Ein von Greinacher formulierter Brief im Oktober 1984 warb um Mitstreiter.

Ein weites Feld also, das sich für die Mitglieder da aufgetan hatte. Der Kreis war „fachlich sehr breit aufgestellt und hervorragend konstruiert“<sup>4</sup>, erinnert sich Rechtswissenschaftler Wolfgang Däubler. Friedenpolitisch lagen die Mitglieder nahezu auf einer Linie: „Es gab kaum jemanden, der nicht gegen den Nato-Doppelbeschluss war“. Thematisch hat sich der ABK in den ersten beiden Jahren etwa mit Friedens- und Sicherheitspolitik beschäftigt (Dieter S. Lutz), mit dem Verhältnis von Wirtschaft und Staat (Karl Georg Zinn), mit Neuen Technologien und Recht (Wolfgang Däubler), mit Sozialdemokratischer Rechtspolitik (Wilhelm Steinmüller), Bildungs- und Jugendpolitik (Andreas Flitner) sowie mit dem Nord-Süd-Konflikt. Die Manuskripte erschienen in der Frankfurter Rundschau, zu der auch Greinacher einen guten Draht hatte, und in der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte sowie im SPD-Organ Vorwärts.

Willy Brandt jedenfalls begrüßte die Arbeit des ABK bei einem Treffen am 26. November 1985 in Bonn.<sup>5</sup> Er rechne auch in Zukunft mit weiteren Vorschlägen und Anregungen des Kreises, es bestünde keine Gefahr, dass die Arbeiten in der Vielzahl der Papiere untergingen. Im Gegenteil: Es sei schon manches in die Programmarbeit eingeflossen, etwa aus den Ergänzungsvorschlägen zur Präambel. Während der Diskussion über die Neuen Technologien stellte sich heraus, dass die SPD bei diesem Thema ein Defizit habe. Brandt schlug daher vor, ad hoc eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des ABK und der Programmkommission zu bilden, auch sollte der ABK künftig die als vertraulich gekennzeichneten Programmpapiere der Programmkommission erhalten. Im März/April 1986 wolle Brandt den Diskussionsstand des neuen Grundsatzprogramms auf einer SPD-Veranstaltung erläutern, auch noch unbequeme Fragen stellen, er hoffe auf Unterstützung durch den ABK. Die „richtige Diskussion“ des Programms sollte erst nach den Bundestagswahlen 1987 erfolgen.

---

<sup>2</sup> Grundsatzserklärung des August-Bebel-Kreises, 27. April 1984, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>3</sup> Regularia des August-Bebel-Kreises, mündlich vorgetragen und gebilligt am 14. Februar 1987, in: Nachlass Norbert Greinacher. Die erste Sprechergruppe amtierte allerdings vier Jahre. In den letzten Jahren übernahm Dieter S. Lutz diese Funktion kommissarisch.

<sup>4</sup> Telefoninterview mit Wolfgang Däubler am 24. April 2024.

<sup>5</sup> Protokoll des Gespräches mit Willy Brandt und Mitgliedern des August-Bebel-Kreises am 26. November 1985 im Politischen Club in Bonn. Teilnehmer waren Willy Brandt, Oskar Lafontaine, Burkhard Reichert, Norbert Greinacher, Eberhard Jäckel, Inge Jens, Heinke Jaedicke (Protokoll), Dieter S. Lutz und Wilhelm Steinmüller, Bonn im November 1985, in: Nachlass Norbert Greinacher

Von den knapp 30 ABK-Mitgliedern, deren Zahl sich im Laufe der Zeit kaum veränderte, brachten sich nach einem die Themen abgrenzenden Gespräch mit Erhard Eppler Ende Februar 1985 knapp die Hälfte mit schriftlichen Ausarbeitungen in die Programmdiskussion der SPD ein: Neben Norbert Greinacher (Die Welt, in der wir leben; Unsere Grundsätze), der in dieser Zeit zu seinen Verpflichtungen als Theologieprofessor an der Universität Tübingen auf zahlreichen Feldern mit Artikeln, Aufsätzen, Vorträgen und Reden aktiv war (Friedenspolitik, Ökologie, „Fall Küng“, „Kirche von unten“, neuer Konflikt mit der Kirchenhierarchie, Charta 77, RAF), steuerten Eberhard Jäckel (Vorwort; Woher wir kommen), Dieter S. Lutz (Friedenspolitik), Wolfgang Däubler (Demokratie in Staat und Gesellschaft; Zukunft der Arbeit), Rainer Tetzlaff (Entwicklungsarbeit), Knut Walf (Verhältnis Staat – Kirche), Inge Jens und Lea Rosh (Verhältnis Frau und Mann), Karl Georg Zinn (Wirtschaft, Technik, Kapitalmarkt), Klaus Traube (Ökologisches Wirtschaften), Wilhelm Steinmüller (Technikgestaltung), Hans-Peter Dürr (Freiheit der Wissenschaft), Andreas Flitner (Recht auf Bildung) und Gert Heidenreich (Kulturgesellschaft) ihre Ideen zu den wichtigsten Programmabschnitten bei.

Burkhard Reichert vom Sekretariat Programmkommission jedenfalls hatte Lob für den ABK: „Die Texte sind gut formuliert, zeichnen sich durch erfreuliche Knappeit aus, was ihnen sicher eine aufmerksame Beachtung bei der Redaktionsarbeit für den zweiten Entwurf sichert“<sup>6</sup>. Auch Willy Brandt war zufrieden. „Ihnen und Ihren Kollegen im August-Bebel-Kreis danke ich sehr für die interessanten und anregenden Ausarbeitungen zu mehreren Stücken des Programmentwurfs“<sup>7</sup>, schrieb er an Greinacher. Und weiter: „Wie schon Ihre Anregungen in einem früheren Diskussionsstadium, werden auch diese Alternativtexte zu Präambel, historischem Kapitel und zum Abschnitt Menschenbild bei der Weiterarbeit aufmerksame Beachtung finden.“

Das taten sie wirklich. In den Grundzügen ähneln sich die ABK-Vorschläge und das spätere am 20. Dezember 1989 beschlossene „Berliner Programm“ der SPD („Demokratischer Sozialismus“, Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt, Ökologie, Klima, Frieden, Abrüstung, gerechte Weltwirtschaftsordnung, „Dritte Welt“, koloniales Erbe, Technikentwicklung, Wirtschaft), wenn auch die ABK-Mitglieder ihre Forderungen bei manchen Themen (Wirtschaft, Ökologie, „Dritte Welt“) pointierter, detaillierter, schärfer und weitgehender formulierten, als es das Programm tat, das zurückhaltender, unverbindlicher, „diplomatischer“ vorging.

Einen großen Unterschied gab es beim Thema Kirchen: Während das SPD-Programm eher floskelhaft eine gute Beziehung zu den Kirchen anstrebte, forderte Walf die Trennung von Staat und Kirche, den vollen rechtlichen Schutz von Beschäftigten der Kirchen, deren Einbindung ins Arbeits- und Tarifrecht, ein Ende des Kirchensteuereinzugs durch den Staat, die Ablösung der Staatsleistungen sowie einen (neuen) Verbandsstatus für die Kirchen. Auch bei der Neuordnung der (Welt-)Wirtschaft (Karl Georg Zinn), bei der ökologischen Erneuerung der Wirtschaft (Klaus Traube) sowie beim Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene (Wolfgang Däubler) gingen die ABK-Vorschläge weiter als das 1989er SPD-Programm.

---

<sup>6</sup> Brief Burkhard Reichert an Norbert Greinacher vom 1. April 1987, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>7</sup> Brief Willy Brandt an Norbert Greinacher vom 3. April 1987, in: Nachlass Norbert Greinacher

Norbert Greinacher hatte zwei Texte zu den ABK-Vorschlägen beigesteuert – „Die Welt, in der wir leben“ und „Unsere Grundsätze“. Thematisch finden sich alle Teilgebiete der beiden Texte auch im späteren SPD-Programm wieder (Aufrüstung, „Dritte Welt“, Neue Informationstechniken, Umweltverschmutzung, Atomare Gefahr, Gentechnik, Massenarbeitslosigkeit, Gleichstellung von Mann und Frau, soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, Würde, Demokratischer Sozialismus, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Überwindung der Klassengegensätze). Im SPD-Programm ist der Textaufbau ein anderer, inhaltlich ist manche Textpassage ähnlich, andere Passagen sind zurückhaltender formuliert, hin und wieder sind Textpassagen aber auch vollkommen gleich. „Wichtige Gedanken“ sind also von Greinacher und anderen ABK-Mitgliedern ins Berliner Programm eingegangen, was auch der neue Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel beim Treffen mit dem ABK bestätigte.<sup>8</sup> Im Dezember 1989 sprach Greinacher als Vertreter der Bebelianer auf dem Parteitag der SPD in Berlin (Siehe auch Kapitel ...).

Mit Billigung von Brandt bahnte der ABK Ende 1985 Kontakte zu den damals ökologie- und friedensbewegten Grünen an, die seit 1983 im Bundestag saßen. Da Greinacher und andere ABK-Mitglieder sowie auch Teile der SPD sich gegen den NATO-Doppelbeschluss und den atomaren Holocaust wandten, die ökologische Frage als existentiell für die Menschheit betrachteten, war dieser Schritt nur folgerichtig. Für Greinacher galten die Grünen schon früh als möglicher Koalitionspartner der SPD. ABK-Mitglied Dieter S. Lutz hatte 1985 bereits ein Papier über „Gemeinsame Sicherheit und ihre Konsequenzen“ erarbeitet, das sicherheitspolitische Experten der Grünen und SPD bei einer fachwissenschaftlichen Tagung diskutieren sollten. Lutz betonte bei einem Treffen von ABK und Brandt, dass es wichtig sei, wenn die SPD im Bundestagswahlkampf über Sicherheits- und Außenpolitik rede und Abrüstungsforderungen unterstütze. Brandt nannte das Gesprächsangebot des ABK an SPD und Grüne „im höchsten Maße begrüßenswert“<sup>9</sup>.

Nachdem Brandt als Parteivorsitzender am 23. März 1987 zurückgetreten war, besprach sich Greinacher mit dem Nachfolger Hans-Jochen Vogel am 14. Juni. „Großartig, dass es den August-Bebel-Kreis gibt“<sup>10</sup>, schwärmte Vogel. Ein Treffen mit den Grünen fand er zwar „sehr interessant“, im Hinblick auf eine Zusammenarbeit der SPD mit den Grünen sei er eher skeptisch. Umso wichtiger seien die Gespräche des August-Bebel-Kreises: „Ich finde es sehr gut“, so Vogel, „man kann nicht genug in dieser Richtung tun“. Zwei Jahre später hielt Vogel die Gespräche mit den Grünen „für eine gute Ergänzung“ zu den bisherigen Gesprächen, er habe überhaupt nichts dagegen. Der ABK sei autonom, es sei zu überlegen, ob nicht auch ähnliche Gespräche mit Vertretern der FDP geführt werden sollen.<sup>11</sup> Vogel hatte aber weitere Aufgaben für den ABK im Gepäck: So wären Überlegungen zur Deutschlandpolitik eine sehr große Hilfe, ebenfalls wäre er dankbar für ein Papier über den Rechtsextremismus und über die Zukunft des Sozialismus sowie für ein Engagement von Mitgliedern des Bebel-Kreises im kommenden Bundestagswahlkampf 1990.

<sup>8</sup> Aktennotiz Norbert Greinacher am 6. November 1989: Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des August-Bebel-Kreises mit dem Parteivorsitzenden Vogel am 26.10.1989, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>9</sup> Protokoll des Gespräches mit Willy Brandt und Mitgliedern des August-Bebel-Kreises am 26. November 1985 im Politischen Club in Bonn, Bonn, im November 1985, Heinke Jaedicke, in: Nachlass Norbert Greinacher.

<sup>10</sup> Aktennotiz Norbert Greinacher vom 19. Juni 1987: Besprechung mit dem Bundesvorsitzenden der SPD Vogel am 14. 6. 1987, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>11</sup> Aktennotiz Norbert Greinacher am 6. November 1989: Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des August-Bebel-Kreises mit dem Parteivorsitzenden Vogel am 26.10.1989, in: Nachlass Norbert Greinacher

Es waren nur wenige Treffen, die der ABK seit 1985 mit SPD- und Grünen-Vertretern zu Friedens- und sicherheitspolitischen Themen, aber auch zur Demokratisierung und Energiepolitik organisieren konnte. Von den Grünen standen etwa Petra Kelly, Gert Bastian, Lukas Beckmann, Christa Nickels, Alfred Mechtersheimer, Otto Schily, Joschka Fischer und Antje Vollmer auf den Einladungs- und Teilnehmerlisten, von der SPD Egon Bahr, Karsten Voigt und Andreas von Bülow. Für den ABK waren Norbert Greinacher, Inge Jens, Andreas Flitner, Hans-Peter Dürr und Dieter S. Lutz dabei. So richtig autonom war der ABK aber doch nicht. Als die innenpolitische Wetterlage der SPD nicht passte, musste das Treffen 1986 abgesagt werden. Andere Gründe waren 1988 und 1990 ausschlaggebend. Am Beginn der 1990er Jahre gab es hin und wieder Bekundungen vonseiten des ABK, die Treffen fortzuführen. Allein, es blieb beim Wollen. Dennoch führten diese frühen und unverbindlichen Kontakte der vom „neutralen“ August-Bebel-Kreis vermittelten inoffiziellen Gespräche sicherlich zu einer personellen und inhaltlichen Annäherung zwischen SPD und Grünen.

Auf den „Fall der Mauer“ 1989 reagierte der ABK und verlegte seine Sitzung Mitte 1990 nach Prieros in Brandenburg. Gäste laut Protokoll<sup>12</sup> waren Mitglieder des Parteivorstandes der DDR-SPD (Angelika Barbe, Sabine Leger, Christof Matschie), Stadträte aus Ost-Berlin (Thomas Krüger, Eva Kunz), aber auch Ibrahim Böhme, dessen Stasi-Tätigkeit im Frühjahr 1990 bekannt wurde, der jedoch seine Unschuld – bis zum Tod – beteuerte, im Juli 1990 in die Dienste des Magistrats von Ost-Berlin eintrat und auf dem Vereinigungsparteitag von SPD-West und -Ost im September 1990 in den neuen SPD-Vorstand gewählt wurde. Böhme berichtete in der ABK-Sitzung über die Entwicklung der DDR-SPD. Sie sei laufend überfordert, die Personaldecke viel zu kurz, die Mitgliederzahl gesunken, die Strukturen sehr unterschiedlich, eine Kommunikation sei fast nicht vorhanden. Ohne Hilfe der Schwestervertei könne der Parteiapparat nicht aufgebaut werden. Allein deshalb sei eine schnelle Vereinigung mit der West-SPD geboten. Großes Problem bei der Vereinigung beider deutscher Staaten sei die Frage, wie die verschiedenen Identitäten miteinander umgehen, ebenso bei der Vereinigung beider sozialdemokratischen Parteien (Organisation, Statut, Programm). So war für den Bebel-Kreis in der anschließenden Diskussion klar, dass nach dem „Berliner Programm“ von 1989 eine neue Programmdiskussion nötig sei, um das West- und Ost-SPD-Programm in Übereinstimmung zu bringen. Nach kontroverser Diskussion beschloss er, die Hauptstadt Berlin als künftigen Sitz der Regierung einer Volksabstimmung zu überlassen.

Für die anstehenden Landtagswahlen in den „Neuen Bundesländern“ im Herbst 1990 nahm sich der Kreis vor, als Sozialdemokratische Wählerinitiative (SWI) „in den fünf DDR-Ländern regionale Initiativen“ aufzubauen. Der Verein für politische Bildung und soziale Demokratie sei bereit, der SWI mit seinen acht Büros in der DDR behilflich zu sein. Auch Forumsveranstaltungen „Mut zur Zukunft“ sollten durchgeführt werden, die an die kulturelle Identität mit den Ländern anknüpfen und dann den Bogen zu aktuellen regionalen Problemen schlagen sollten.

Nach dem Staatsvertrag zwischen der DDR und der BRD trat die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 in Kraft, am Abschlusstag der Sitzung von Bebelkreis und den Ost-SPD-Vertreterinnen und Vertretern. Die Ost-SPD hoffte aber auf einen 2. Staatsvertrag (das

---

<sup>12</sup> August-Bebel-Kreis: Ergebnisprotokoll der Tagung vom 29. Juni bis 1. Juli 1990 in Prieros (DDR), in: Nachlass Norbert Greinacher

wurde dann der spätere Einigungsvertrag, zu dem am 6. Juli 1990 die Verhandlungen begannen). In der Sitzung in Prieros nannte Angelika Barbe einige Punkte, die unbedingt in diesen 2. Staatsvertrag aufgenommen werden sollten. Der Bebel-Kreis schloss sich den Forderungen Barbes größtenteils an und verfasste eine Presseerklärung, wonach er in einem Schreiben den Landesverband der SPD in der DDR und den Bundesvorstand der SPD in Bonn auffordert, in die Verfassung des Vereinigten Deutschland folgende Staatszielbestimmungen und Regelungen aufzunehmen: Verzicht auf Massenvernichtungsmittel, Verbot aller Waffenexporte, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Solidarität und Hilfe für die Länder der 3. und 4. Welt, Stärkung der föderalistischen Strukturen, Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid, Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung, Recht aller Jugendlichen auf Ausbildung, Recht auf Wohnung.<sup>13</sup>

Nach Mitarbeit am SPD-Programm und der Annäherung an die Grünen diskutierten die ABK-Mitglieder Anfang und Mitte der 1990er Jahre intern zahlreiche Themen und brachten sich in aktuelle, auch öffentliche (SPD-)Diskussionen mit zum Teil mehrseitigen Ausarbeitungen aus einer damals kritischen, links-liberalen und friedensbewegten Perspektive ein: Wissenschaftsfreiheit und Technologiepolitik, Friedens- und Sicherheitspolitik in einem veränderten Europa, „Deutschlands Rolle in der Weltpolitik“, Abrüstung, „Zum Begriff des Sozialismus“, Parteienverdrossenheit, Rechtsextremismus, Demokratie, „Brauchen wir deutsche Streitkräfte?“, „Bundeswehreinsatz außerhalb der Bundesrepublik?“, „Die Bundesrepublik Deutschland – militärische Großmacht oder zivile Friedenskraft?“, Zweiter Golfkrieg 1990/91 mit Presseerklärung, „Machtwechsel in Bonn“, „Aktuelle Probleme der Verfassungs-, Rechts- und Innenpolitik“ (Ausländerrecht, Bund – Länder, Asylrecht, Blauhelmaktionen, Organisierte Kriminalität, Strafrecht, Datenschutz, Bürgerbeteiligung), „Solidarische Entwicklungspolitik“, „Die deutsche Frage“, Gerechtigkeit, „Wirtschaft und Staat“, „Zustand der SPD“.

Der Bebel-Kreis hatte in den zurückliegenden Jahren eine Menge Arbeit geleistet und war nach wie vor engagiert, lud auch Gesprächspartner ein, wie etwa Valentin Falin, von 1971 bis 1978 Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik, bemühte sich um neue Mitglieder, um Wiederaufnahme der Gespräche mit den Grünen und gab kritische Stellungnahmen zum Regierungsprogrammentwurf der SPD ab. Auch Egon Bahr nahm an Treffen des Kreises teil. Doch erste Anzeichen einer Unzufriedenheit kamen im Oktober 1990 auf. In einer „Generaldebatte“ listete er Vor- und Nachteile auf, die sich „in etwa die Waage“<sup>14</sup> halten würden. Zu den „Pluspunkten“ zählte er die verabschiedeten und in verschiedenen Medien veröffentlichten Papiere mit zahlreichen Denkanstößen sowie die – trotz Zeitdrucks – mehrjährige Zuarbeit zum neuen Grundsatzprogramm der SPD. Negativ sei allerdings, dass die SPD weniger als erwartet die Fachkompetenz der Mitglieder und deren Umfeld in Anspruch nehme. Auch werde von der Sozialdemokratischen Wählerinitiative und damit auch vom August-Bebel-Kreis keine inhaltliche Zuarbeit zum Wahlkampf erwartet. So sei das Konzept der SWI von der Wahlkampfleitung inhaltlich nicht diskutiert und auch nicht in Anspruch genommen worden. Noch unter Willy Brandt war abgemacht, dass der Kreis eine Balance zwischen Nähe und Distanz zur Partei halten wolle, nun aber fühlten sich die Bebelianer von der Partei nicht genügend beachtet. Die Diskussion war lebhaft, wie das

<sup>13</sup> Presseerklärung: Forderungen des August-Bebel-Kreises zur Verfassung des Vereinigten Deutschland, Prieros, 30. Juni 1990, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>14</sup> August-Bebel-Kreis: Ergebnisprotokoll der Tagung am 7./8. Oktober 1990 in Bonn, in: Nachlass Norbert Greinacher

Protokoll vermerkt. Schließlich einigten sich die Mitglieder darauf, weiterzumachen. Sie wollten aber in der Öffentlichkeit effizienter auftreten und ihre „Feuerwehrfunktion“ verstärken.

Die Themen Effizienz/Nicht-Beachtung zogen sich durch die nächsten Treffen. Im Januar 1992 strukturierte eine erweiterte Vorstandssitzung die Arbeit in zwei Funktionen<sup>15</sup>, in die „Club-Funktion“ (Klausurtagungen zu einem bestimmten Thema) und in die „Arena-Funktion“ (öffentliche Einmischung in gesellschaftspolitische Fragen). Die Dezember-Sitzung<sup>16</sup> war wieder eine kleine Krisensitzung, bei der nach dem Tod von Willy Brandt die Umbenennung in Willy-Brandt-Kreis im Raum stand, wodurch eine Dynamisierung der Arbeit erreicht werden sollte. Bebel-Kreis-Mitglieder (darunter Greinacher) beklagten gegenüber dem SPD-Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing ein geringer gewordenes Interesse der SPD am Bebel-Kreis. Um den Kommunikationsmangel zu beheben, suchte Blessing nach einer praktikablen Anbindung an eine Persönlichkeit des Parteivorstandes (diese Funktion übernahm dann Herta Däubler-Gmelin für kurze Zeit) und ließ den Kreis wissen, dass er bei einigen Themen sehr hilfreich sein könne (Rechtsextremismus, gesellschaftlicher Konsens im Vereinten Deutschland, Sicherheitspolitik im weiten Sinne, Kontakte zu Grünen/Bündnis 90). Blessing bot auch an, den Kreis und auch mögliche Publikationen organisatorisch und finanziell zu unterstützen. So wurden die Mitglieder wieder für einige Zeit motiviert. Eberhard Jäckel wandte jedoch ein, dass er nur dann weiter mitarbeiten will, wenn der Kreis nicht nur abstrakter Vordenker der Partei sein, sondern er auch wichtige aktuelle Fragen thematisieren will.

In der Dezembersitzung 1994 berichtete Dieter S. Lutz über ein Gespräch mit dem SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen, dass sich die SPD-Spitze darin einig sei, in der Vergangenheit die Zuarbeit und politische Beratung von Intellektuellen nicht genügend genutzt und die vorhandenen Kräfte nicht effektiver koordiniert zu haben. Sie wolle bis Ende des Jahres nachdenken, wie die Partei mit den verschiedenen Gruppen und Institutionen zukünftig umgehen könne. Erst dann werde auch entschieden, ob der ABK weiter finanziert werde. Egon Bahr empfahl dem Kreis die personelle Erweiterung und Weiterarbeit. Vielleicht war es ja die zögerliche Haltung der SPD-Spitze zum Bebel-Kreis, denn „recht unvermittelt“, heißt es im Protokoll, entwickelte sich eine Debatte, in deren Verlauf Lea Rosh, unterstützt von Eberhard Jäckel und Norbert Greinacher, die Auflösung des Kreises beantragte. Dagegen sprachen sich Dieter S. Lutz, Klaus Traube und Knut Walf aus, die im Falle einer Auflösung gleich einen neuen Kreis gründen würden. Ein Stimmungsbild ergab, dass sich die Mehrheit der Anwesenden nicht in der Lage sehe, so schnell und ohne Befragung der übrigen Mitglieder zu entscheiden. So wurde beschlossen, auf der nächsten Tagung die offenen Fragen „Aufhören“ oder „Mit effizienter Struktur weitermachen“ befassen solle.<sup>17</sup>

Da lehnten die Mitglieder die Auflösung des Kreises bei einer Enthaltung ab.<sup>18</sup> Zur weiteren Finanzierung des Kreises (Fahrt- und Übernachtungs- sowie Druckkosten) gab es von der SPD

<sup>15</sup> August-Bebel-Kreis: Kurzprotokoll der erweiterten Vorstandssitzung am 18./19. Januar 1992 in Bonn, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>16</sup> August-Bebel-Kreis: Kurzprotokoll der Tagung am 12./13. Dezember 1992 in Bonn, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>17</sup> August-Bebel-Kreis: Kurzprotokoll der Tagung am 4./5. November 1994 in Bonn, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>18</sup> August-Bebel-Kreis: Kurzprotokoll der Tagung vom 10./11. Februar 1995 in Stuttgart, in: Nachlass Norbert Greinacher

noch keine Entscheidung. In einem per Fax verschickten Brief an Verheugen schlug Lutz vor, ein Diskussionsforum wie den August-Bebel-Kreis, eventuell modernisiert als Willy-Brandt-Kreis, fortzuführen, im Zweifelsfalle neu zu gründen.<sup>19</sup> Dieser Kreis unabhängiger Intellektueller könne Fragen aufgreifen und Themen lancieren, die für die Partei oder Parteiführung selbst möglicherweise noch „heiße Eisen“ sind. Er könne mithelfen, die Intellektuellen in Ostdeutschland zu integrieren und die Meinungsführerschaft auch gegenüber der PDS zu behaupten. Schließlich – und dies sei wohl die Hauptfunktion – solle der Kreis unabhängig von der aktuellen Tagespolitik im Sinne „positiver Visionen“ die Herausforderungen und Bedrohungen der nächsten Jahre für die Bundesrepublik Deutschland aufarbeiten und in Handlungsempfehlungen für die SPD einmünden lassen. Als Einstiegsthema schlug er die „Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands“ vor. Gründe: Ureigenstes Thema der Sozialdemokratie, Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung auch fünf Jahre nach „Epochenbruch“ und „Zeitenwende“. Mit jedem Tag, der verstreicht, änderten sich die großen Chancen, die sich aus dem Ende des Ost-West-Konfliktes ergeben haben. Für ein zweites innergesellschaftliches Thema wäre der sich abzeichnende „Wertewandel“ denkbar. Das schließe Fragen nach Demokratie, Sozialstaat, Umbau der Industriegesellschaft ebenso mit ein wie die Zunahme der innergesellschaftlichen Gewalt. Mit der Bitte um eine möglichst rasche Antwort – auch wenn sie ein Ende des August-Bebel-Kreises bedeuten sollte, schloss Lutz den Brief. In einem Postscriptum machte er Verheugen die Entscheidung noch leicht: Die Kosten für die Partei wären (lediglich) die Reisekosten der AK-Mitglieder. Verheugen dankte<sup>20</sup>, er sei an der weiteren Arbeit des Kreises sehr interessiert, bat um Verständnis dafür, dass er aufgrund der zahlreichen Struktur- und Personalfragen im Parteivorstand und der Fraktion die Weiterentwicklung des Kreises noch nicht in Angriff nehmen konnte. Das Angebot, zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zu arbeiten, nahm er gerne an.

Doch ein Jahr später war immer noch nichts beschlossen. Die SPD wolle zunächst den Parteiapparat umstrukturieren, bevor über den Kreis nachgedacht werde, so Lutz in einem Brief an die Mitglieder.<sup>21</sup> Der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine wolle „die Angelegenheit“ im Präsidium diskutieren lassen. Angesichts der Existenz von Kulturforum, Wissenschaftsforum [seit 1990], Staech-Kreis und anderen sei er aber eher skeptisch, ob ein Eigenleben weiter möglich und notwendig sei, oder ob sich nicht eine Eingliederung anbiete. SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping hingegen, der kurz zuvor auf dem Mannheimer Parteitag bei der Wahl zum Vorsitzenden gegen Lafontaine unterlag, war uneingeschränkt für die Fortführung des Kreises und sei sehr interessiert daran, sich wieder einmal mit ihm zu treffen.

Es verging wieder ein Jahr. Lutz hatte immer noch keine erfreulicheren Nachrichten für die ABK-Mitglieder<sup>22</sup>: Er bemühte sich häufig um eine verbindliche Aussage, doch „[i]mmer wieder habe ich hinhaltende oder gar keine Antworten bekommen“, schrieb er. Vor dieser Tatsache solle man nicht die Augen verschließen. Expressis verbis habe sich keiner aus der SPD-Führung für eine Auflösung des August-Bebel-Kreises ausgesprochen – eher im Gegenteil. Andererseits gäbe es Aktivitäten, eine Willy-Brandt-Gesellschaft<sup>23</sup> zu gründen, habe er gehört.

<sup>19</sup> Briefkopie Dieter S. Lutz an Günter Verheugen am 6. Februar 1995 per Fax, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>20</sup> Briefkopie Günter Verheugen an Dieter S. Lutz, Februar 1995, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>21</sup> Brief Dieter S. Lutz an Mitglieder des August-Bebel-Kreises am 20. Februar 1996, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>22</sup> Brief Dieter S. Lutz an Mitglieder des August-Bebel-Kreises am 3. Januar 1997, in: Nachlass Norbert Greinacher

Verständlich, dass sich beim ABK seit 1992 Frust über und Kritik an der SPD aufbaute. Der Kreis machte „politische Defizite“ bei der SPD aus, etwa in der Asyldebatte und bei der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit. Harsche Worte fand Greinacher für den Entwurf des Regierungsprogramms der SPD von 1994<sup>24</sup>, Scharping war Kanzlerkandidat: Der Entwurf sei eine „mittlere Katastrophe“, schimpfte er. In den letzten Monaten biete die Partei – von einigen Ausnahmen abgesehen – keine wirkliche Alternative zu Theorie und Praxis der schwarz-gelben Koalition. Greinacher: „Der gesamte Duktus des Entwurfes ist von einer Langweiligkeit, die kaum mehr zu überbieten ist. Der Umgang mit der Sprache ist durch Worthülsen und Leerformeln, durch eine unpräzise Ausdrucksweise gekennzeichnet. Beispiel: „Wir werden die zentralen Aufgaben staatlicher Forschungspolitik wieder zum Inhalt der Forschungsförderung machen.“ Der Nord-Süd-Konflikt werde nur am Rande und in völlig ungenügender Weise angesprochen, indiskutabel seien Aussagen zur Organisierten Kriminalität, da sah Greinacher eine Verletzung des Brief-, Post und Fernmeldegeheimnisses. „Unerhört“ sei es, dass die SPD sich dem gegenwärtigen Trend zur Verletzung dieser Grundrechte anschließe. „Gut“ hingegen kam bei ihm die klare Aussage über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer an: Kommunalwahlrecht, deutsche Staatsangehörigkeit für in Deutschland geborene Kinder, doppelte Staatsangehörigkeit und ein Einwanderungsgesetz sowie gleiche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für alle. So könne endlich das Staatsbürgerrecht von 1913 mit seinem unseligen Grundsatz „ius sanguinis“ durch ein neues vernünftiges Einwanderungsgesetz verändert werden („ius solis“).

Auch Klaus Traube, Umweltforscher und Kernkraftgegner, wandte sich an Scharping<sup>25</sup> und äußerte allgemeinen Unmut über die jüngsten Äußerungen zur Abschiebung der Kurden, zum Autoverkehr (Mineralölsteuer/Geschwindigkeitsbegrenzung) und zur atlantischen Sicherheitspolitik. Der Bebel-Kreis sei besorgt über das einhergehende Verschwinden sozialdemokratischer Konturen. Für Greinacher brachte eine SPD-Tagung mit Wissenschaftlern, darunter auch ABK-Mitglieder, am Wochenende 9./10. November 1996 das Fass nahezu zum Überlaufen. Neben organisatorischen Mängeln schimpfte er in einem Brief<sup>26</sup> an Scharping über Helmut Schmidt, der in einer Rede die deutschen Universitäten als „säusische Institution“ bezeichnet habe, die dreiviertel des Jahres leer stünden, in der alle Professoren gleich bezahlt würden – ohne Leistung. Unter solchen Voraussetzungen werde er nicht mehr an einer solchen Veranstaltung teilnehmen. Der Vortrag habe ihn im Übrigen sehr an die CDU-Politik erinnert, er habe sich gefragt, ob er auf der falschen Veranstaltung sei. Auch habe er den Eindruck, dass die Medien diese Veranstaltung sowohl vorher wie nachher dazu benutzt hätten, Pläne zu einer großen Koalition ins Gespräch zu bringen. „Was das von Dir beabsichtigt?“, frug er Scharping. „Dann würde ich mich missbraucht

<sup>23</sup> Der Verein „Willy-Brandt-Kreis“ wurde tatsächlich Ende 1997 gegründet, der Gründungsauftruf war am 1. November. Laut Webseite treffen sich seit Mitte der 1990er Jahre „eine Reihe von Persönlichkeiten“ im Kreis, darunter Egon Bahr und Günter Grass, zwei der Gründer.

<sup>24</sup> Norbert Greinacher: Bemerkungen zum „Diskussionsentwurf Regierungsprogramm 1994 SPD“, 18. April 1994, 3 Blatt, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>25</sup> Briefkopie Klaus Traube an Rudolf Scharping vom 21. April 1994, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>26</sup> Briefkopie Norbert Greinacher an Rudolf Scharping vom 13. November 1996, in: Nachlass Norbert Greinacher. Der Brief hat keinen Absender und keine Unterschrift, er stammt aber zweifellos von Greinacher und wurde auch abgeschickt (Kopien gingen an ABK-Mitglieder). Denn ABK-Kollege Dieter S. Lutz schickte dem Theologen ein paar Tage später eine Antwort und bezog sich explizit auf diesen Brief, kritisierte ebenfalls die von Schmidt beschimpfte Universität als „säusische Institution“. Siehe: Brief Dieter S. Lutz an Norbert Greinacher vom 21. November 1996, in: Nachlass Norbert Greinacher

vorkommen.“ Er finde es unmöglich, dass auf dieser ganzen Tagung noch nicht einmal die Möglichkeit einer rot-grünen Koalition zur Sprache kam. Greinacher halte es auch nicht für gut, dass Scharping allein das Thema bestimme, über das in diesem Kreis gesprochen werden soll. Falls er die Sache fortsetzen wolle, müsse im Plenum besprochen werden, welches das Thema der nächsten Veranstaltung sein soll. Eine Antwort von Scharping kam nicht, Greinacher mahnte sie ein paar Wochen später an.

Es verging wieder über ein Jahr, ohne eine Entscheidung. Greinacher war bereits seit über einem halben Jahr emeritiert, da schrieb Lutz an die Mitglieder. „Wie es der Zufall will, haben mich letzte Woche unabhängig voneinander Norbert Greinacher und Kurt Tudyka besucht. Alle drei waren wir der Meinung, dass der August-Bebel-Kreis sich nochmals/wieder einmal treffen sollte.“<sup>27</sup> Aus organisatorischen Gründen schlug Lutz eine Tagung in Hamburg vor, entweder am Freitag, 3. April, oder Freitag, 24. April 1998. Das Thema: „Menschenrechte – Menschenpflichten“, wozu Greinacher einen Beitrag in der Wochenzeitung „Die Zeit“ verfasst hatte. Lutz teilte jedoch mit, „dass uns keine Mittel zur Verfügung stehen, d.h. die Reisekosten selbst getragen werden müssen.“ Da die wechselnden politischen Führungen in Bonn sich trotz seines mehrfachen Drängens nicht in der Lage sahen, sich zum Fortbestand oder zur Auflösung des Kreises definitiv zu äußern, ging Lutz davon aus, dass das vorgesehene Treffen das letzte sein werde. Allerdings könne man natürlich auch das Gegenteil beschließen.

Das wars dann. Einen offiziellen Auflösungsbeschluss des August-Bebel-Kreises oder der SPD gibt es nicht. Die SPD fuhr beim ABK die Strategie des Nicht-Entscheidens: Einerseits hielt sie den ABK hin und vertröstete ihn, ließ Anfragen unbeantwortet, andererseits bekannten sich einzelne Mitglieder der SPD-Spitze ausdrücklich zum Kreis – zumindest intern –, ohne aber die daraus notwendigen Konsequenzen zu ziehen und eine effiziente Einbindung in die Partei zu realisieren. So blieb der Kreis auf sich allein gestellt, nahezu unbeachtet von der SPD-Spitze, die ihm Ende der 1990er Jahre die finanzielle Unterstützung entzog. Der ABK versank in einen Dornrösenschlaf. „Konkurrenz“ hatte er im 1990 gegründeten „Wissenschaftsforum“, wie Lafontaine 1996 betonte, und seit 1997 im „Willy-Brandt-Kreis“, den sogenannten Vorfeldorganisationen des Politischen. Hatten die ABK-Mitglieder noch bis zur Wende 1989/1990 ideellen Einfluss und Vertrauen auf eine Mitgestaltung der SPD-Politik, war es damit mit Beginn der 1990er Jahre vorbei. Gehört wurden sie kaum, erhört schon gar nicht. Inhaltlich entfernten sich Partei und der in „kritischer Solidarität“ zu ihr stehende Bebel-Kreis voneinander, der schon Anfang der 1990er Jahre Schnittmengen bei der Umwelt- und Friedenspolitik mit den Grünen sah und für eine Koalition mit ihnen eintrat. Von ihren Forschungen profitierten die Bebelianer lediglich gegenseitig. So vergab die SPD in hohem Maße links-liberales wissenschaftliches Potenzial.

Rechtswissenschaftler Wolfgang Däubler, der in den ersten Jahren dabei war, bestätigt diese Einschätzung: „Jeder Einzelne von uns hatte mehr Publizität als der Kreis. Intern waren die Treffen ein interessanter Meinungsaustausch, bei den Entscheidungsträgern haben wir aber kein Gehör gefunden.“<sup>28</sup> Ein Grund könnte gewesen sein, dass sich die SPD mit konkreten Vorschlägen, etwa beim „Demokratischen Sozialismus“, schwer getan habe und Schwierigkeiten aus dem Weg gehen wollte. Nach einiger Zeit der Nicht-Beachtung zog sich Däubler zurück, weil es „eine unnütze Vergeudung von Zeit“ war.

<sup>27</sup> Brief Dieter S. Lutz an die Mitglieder des August-Bebel-Kreises am 3. Februar 1998, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>28</sup> Telefoninterview mit Wolfgang Däubler am 24. April 2024

Greinachers Engagement für die SPD endete nicht beim Bebel-Kreis. Bis in die späten 1990er Jahre saß er im bundesweiten Gesprächskreis Katholischer Sozialdemokraten und wirkte wahlkämpferisch bei der von Klaus Staech 1979 gegründeten Initiative „Aktion für mehr Demokratie“ mit, die gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit sowie für Meinungsfreiheit stritt, insbesondere vor Bundestagswahlen mit pointierten Slogans und satirischen Plakaten auffiel und zur Wahl der SPD aufrief. Greinacher war (neben seinen Tübinger Freunden Inge und Walter Jens sowie Andreas Flitner) bei mehreren „Ideenreffs“ dabei. Einige Jahre saß er auch in Arbeitskreisen der baden-württembergischen Landes-SPD (Hochschulpolitik, Entwicklungspolitik, SPD und Kirchen) und beteiligte sich mit der SPD-Wählerinitiative am Landtagswahlkampf 1988, wobei er mit dem zur Polarisierung neigenden Gerhard Mayer-Vorfelder („MV“), dem damaligen CDU-Minister für Kultus und Sport, aneinandergeriet.

Im heimischen Kreis Tübingen hielt der Theologe Vorträge als SPD-Mitglied, informierte sich über die Lage der Asylbewerber vor Ort und setzte sich für sie ein, so etwa 1994, als er im Namen der Tübinger Friedensgruppe Gustav-Heinemann (ihr gehörten auch das Ehepaar Jens und Andreas Flitner an) einen Brief an den „lieben Genossen Birzele“, den baden-württembergischen Innenminister Frieder Birzele (SPD), schickte und es einen „Skandal“ nannte, dass Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften statt Geld Lebensmittelpakete bekommen. Das sei eine Schande für die Gesellschaft und ein gravierender Verstoß gegen die Menschenwürde.<sup>29</sup> Schließlich schrieb Greinacher Artikel für die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, für den „Vorwärts“, war Vertrauensdozent der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und wurde vom SPD-Parteivorstand 1994 ins Kuratorium des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises berufen.

Inhaltlich ging der Theologe dabei keineswegs mit der SPD-Linie konform (Siehe Kapitel 10), er mahnte sie stets, sich auf die Seite der Erniedrigten und Beleidigten, der Mühseligen und Beladenen zu stellen, nicht hinter den Kirchen zurückzustehen.<sup>30</sup> Dass Greinacher kein Ja-Sager war, machte auch Hans-Jochen Vogel deutlich, der ihm 1996 für dessen „Lebenswerk“ dankte, die Direktheit seiner Formulierung und auch die Unerstrocknenheit seiner Argumentation hervorhob. Greinacher habe sich einen beträchtlichen Teil seines Lebens zunächst in der Wählerinitiative, dann als Mitglied für die Sozialdemokratie in ihr ebenso engagiert wie bereits von jungen Jahren an als Priester und als katholischer Theologe in und für seine Kirche, sagte er: „Beides in seiner sehr eigenen, mitunter im einen oder im anderen, mitunter aber auch in beiden Bereichen zu Widerspruch reizenden Weise, stets mit seiner ganzen Person ohne Scheu vor Konflikten, wenn er sie für notwendig hielt und hält, und gerade deshalb immer besonders glaubwürdig.“<sup>31</sup> Mit der katholischen Kirche hatte Greinacher wegen seines SPD-Engagements aber wohl keine Schwierigkeiten mehr.

<sup>29</sup> Briefkopie Norbert Greinacher an Minister Frieder Birzele, Innenministerium, vom 22. Februar 1994, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>30</sup> Norbert Greinacher: Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung, Rede auf dem Parteitag der SPD in Berlin am 19. Dezember 1989 als Vertreter des August-Bebel-Kreises, Manuskript 8 Blatt, in: Nachlass Norbert Greinacher

<sup>31</sup> Hans-Jochen Vogel: Die katholische Kirche und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, Vortrag von Dr. Hans-Jochen Vogel im Rahmen des wissenschaftlichen Symposiums aus Anlass der Vollendung des 65. Lebensjahres von Prof. Dr. Norbert Greinacher am 26. April 1996 in Tübingen, Manuskript, 13 Blatt, in: Nachlass Norbert Greinacher. Greinacher bedankte sich bei Vogel für den Vortrag und überwies ihm – wie vereinbart – das Honorar über 580 D-Mark sowie weitere 500 D-Mark an den Verein gegen das Vergessen. Siehe Briefkopie Norbert Greinacher an Hans-Jochen Vogel vom 20. Mai 1996, in: Nachlass Norbert Greinacher